Gesetzgebung: Neuregelungen im Januar 2021

Ausgabe 02 | 2021

Inhalt

Corona Pandemie
» Überbrückungshilfen für Unternehmen und Selbständige verlängert
» Kurzarbeitsregelungen gelten in 2021 weiter
» Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung weiterhin möglich
» Eltern erhalten Entschädigung

Gesundheit
» Digitalisierung im Gesundheitswesen
» Arbeit
» Mehr Schutz für Arbeitnehmer
» Der Mindestlohn steigt

Soziales
» Neue Beitragsbemessungsgrenzen ab 2021
» Künstlersozialabgabe bleibt stabil

Familie
» Zugang zu Familienleistungen vereinfacht
» Mehr Mittel für die Ganztagsbetreuung von Grundschülern

Rente
» Lebensleistung verdient Anerkennung
» Gut informiert den Ruhestand planen

Finanzen
» Solidaritätszuschlag entfällt für Mehrheit der Steuerzahler
» Familien stärken – Steuerzahler entlasten
» Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung angehoben

Umwelt / Klima
» CO2 hat einen Preis
» Höhere Kfz-Steuer
» Höhere Pendlerpauschale
» Mehr Klimaschutz durch effiziente Gebäude

Energie
» EEG-Umlage: Erlöse aus der CO2-Bepreisung senken die Stromkosten
» EEG-Umlage 2021 sinkt auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde

Justiz
» Stärkung des fairen Wettbewerbs
» Besserer Schutz vor bloßstellenden Fotos
» Ein modernes Sanierungs- und Insolvenzrecht

Inneres
» Zensus wird verschoben
» Pass- und Personalausweis: Manipulationen wirksam unterbinden

Verbraucherschutz - Landwirtschaft
» Betäubungslose Ferkelkastration verboten
» Schnellerer Weg aus den Schulden

Um die Corona-Pandemie zu bewältigen, treten im Januar weitere Regelungen in Kraft. Zahlreiche Neuregelungen gibt es in den Bereichen Klimaschutz, Arbeit und Soziales sowie Gesundheit, Finanzen und Familie. Aus den Informationen der Bundesregierung, über gesetzliche Neuregelungen, die im Januar 2021 wirksam werden, haben wir die interessantesten für Sie herausgesucht:

Aufbereitet & zusammengestellt durch

Timo Lehberger
Hauptgeschäftsführer ESD e.V.
E-Mail: lehberger@esd-ev.de

und **Sascha Langguth**
Geschäftsführer ESD e.V.
E-Mail: langguth@esd-ev.de

Haftungsausschluss
Die enthaltenen Angaben sind nach unserem besten Wissen und Gewissen richtig, vollständig und aktuell. Dennoch übernimmt der Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. kein Gewähr für die Aktualität, Korrektheit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V., die sich auf Schäden materieller oder immaterieller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern seitens des Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. kein nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt.

Verweise und Links
Der Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und auf die Inhalte fremder Internetseiten, auf die direkt oder indirekt verwiesen wird (Links). Deshalb distanziert er sich hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten/verknüpften Seiten.

Herausgeber:

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.

Wilhelmstraße 77
10117 Berlin

Tel.: +49 [0] 30 - 20 45 98 54
Fax: +49 [0] 30 - 20 45 53 20

E-Mail: info@esd-ev.de
Internet: www.esd-ev.de

Ausgabe 02 | 2021

CORONA-PANDEMIE

Überbrückungshilfen für Unternehmen und Selbständige verlängert
Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb im Zuge der Corona-Pandemie einstellen oder stark einschränken mussten, erhalten mit der Überbrückungshilfe III finanzielle Unterstützung. Sie gilt ab dem 1. Januar 2021 und wurde bis Ende Juni 2021 verlängert. Die Überbrückungshilfe III wird als Vorschuss ausgezahlt. Das gilt auch, wenn die konkreten Umsatzeinbußen während der Laufzeit Dezember 2020 bis Juni 2021 bei Antragstellung noch nicht feststehen.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/info-unternehmen-selbstaendige-1735010

Kurzarbeitsregelungen gelten in 2021 weiter
Die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld gelten über das Jahresende hinaus. Ziele sind, Beschäftigten und Unternehmen mehr Sicherheit zu geben und Voraussetzungen für einen stabilen Arbeitsmarkt auch im kommenden Jahr zu schaffen. Das Beschäftigungssicherungsgesetz tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/kurzarbeit-wird-verlaengert-1787352

Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung weiterhin möglich
Wer pandemiebedingt in Not gerät, hat auch im kommenden Jahr Anspruch auf vereinfachten Zugang zur Grundsicherung. Die Regelung wurde bis 31. März 2021 verlängert. Die Bundesregierung will damit insbesondere Kleinunternehmer und Solo-Selbstständige unterstützen, die vorübergehend von erheblichen Einkommenseinbußen betroffen sind.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/grundsicherung-1783154

Eltern erhalten Entschädigung
Berufstätige Eltern haben Anspruch auf finanzielle Entschädigung, wenn sie coronabedingt für die Kinderbetreuung zuhause bleiben müssen. Dies gilt nun auch, wenn aus Gründen des Infektionsschutzes Betriebs- oder Schulferien angeordnet oder verlängert werden oder die Präsenzpflicht in der Schule ausgesetzt wird. Die Regelung tritt rückwirkend zum 16. Dezember 2020 in Kraft.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eltern-erhalten-entschaedigung-1829146

GESUNDHEIT

Digitalisierung im Gesundheitswesen
Mit dem Patientendaten-Schutz-Gesetz werden ab 2021 digitale Angebote wie die elektronische Patientenakte nutzbar. Dabei werden sensible Gesundheitsdaten bestmöglich geschützt. Neben Befunden, Arztberichten oder Röntgenbildern lassen sich ab dem Jahr 2022 auch der Impfausweis, der Mutterpass, das gelbe Untersuchungsheft für Kinder und das Zahnbonusheft in der elektronischen Patientenakte speichern. Das Gesetz ist am 20. Oktober 2020 in Kraft getreten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/patientendaten-schutz-gesetz-1738402

ARBEIT

Mehr Schutz für Arbeitnehmer
Das Arbeitsschutzkontrollgesetz sorgt für sichere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie. Fleischbetriebe werden nun mehr kontrolliert. Ab 1. Januar 2021 sind Werkverträge und ab 1. April 2021 Zeitarbeit verboten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/arbeitsschutzkontrollgesetz-1772606

Der Mindestlohn steigt
Der gesetzliche Mindestlohn steigt zum 1. Januar auf 9,50 Euro. In den kommenden Jahren wird er schrittweise weiter erhöht. Davon profitieren Millionen Menschen in Deutschland.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/mindestlohn-faq-1688186

SOZIALES

Neue Beitragsbemessungsgrenzen ab 2021
Ab 1. Januar 2021 gelten neue Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Sie werden wie jedes Jahr an die Einkommensentwicklung angepasst.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/beitragsbemessungsgrenzen-2021-1796480

Künstlersozialabgabe bleibt stabil
Für selbständige Kunstschaffende sowie Publizistinnen und Publizisten bleibt im Jahr 2021 der Abgabesatz zur Künstlersozialversicherung unverändert bei 4,2 Prozent. Ermöglicht wurde das durch den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel im Haushaltsgesetz 2021. Derzeit werden rund 190.000 Menschen über die Künstlersozialversicherung als Pflichtversicherte in den Schutz der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezogen.

Weitere Informationen:
https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/kuenstlersozialabgabe-2021-unveraendert.html

FAMILIE

Zugang zu Familienleistungen vereinfacht
Der Zugang zu zentralen Familienleistungen wird einfacher. Zunächst betrifft das Elterngeld, Kindergeld und die Namensbestimmung. Das Gesetz ist am 10. Dezember 2020 in Kraft getreten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/digitale-familienleistungen-1762862

Mehr Mittel für die Ganztagsbetreuung von Grundschülern
Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote stärken Grundschulkinder, außerdem helfen sie Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Bund treibt deshalb den Ausbau voran und fördert ihn mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro.

Die Finanzhilfen für die Länder stehen nun bereit. Das entsprechende Gesetz ist im Dezember in Kraft getreten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/ganztagsausbau-grundschulen-1766962

RENTE

Lebensleistung verdient Anerkennung
Ab 1. Januar 2021 werden Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 33 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, eine spürbar höhere Rente bekommen. Mit der Grundrente, einem Zuschlag zur Rente, werden bisher niedrige Renten aufgewertet.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-grundrente-1722964

Gut informiert den Ruhestand planen
Die Digitale Rentenübersicht wird künftig jede Bürgerin und jeden Bürger auf einen Blick über den Stand der individuellen Ansprüche aus der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge informieren.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/digitale-rentenuebersicht-1779644

FINANZEN

Solidaritätszuschlag entfällt für Mehrheit der Steuerzahler
Bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 61.717 Euro fällt zukünftig kein Solidaritätszuschlag mehr an. Das betrifft 90 Prozent der Zahlenden.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/solidaritaetszuschlag-1662388

Familien stärken – Steuerzahler entlasten
Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag steigen ab dem 1. Januar 2021. Der Grundfreibetrag für Erwachsene steigt ebenfalls an. Bis 2022 wächst der Betrag, auf den keine Lohnsteuer gezahlt werden muss, auf 9.984 Euro pro Jahr.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kindergeld-steigt-1772100

Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung angehoben
Zum 1. Januar 2021 treten bei der Lohn- und Einkommensteuer für Menschen mit Behinderung verschiedene Neuerungen in Kraft. Dabei werden unter anderem die Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung und die Pflege-Pauschbeträge für Angehörige erhöht oder erstmalig eingeführt.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/behinderten-pauschbetrag-1772296

UMWELT / KLIMA

CO2 hat einen Preis
Ab dem 1. Januar 2021 gilt die neue CO2-Bepreisung für die Bereiche Wärme und Verkehr. Über den nationalen CO2-Emissionshandel erhält damit auch der Ausstoß von Treibhausgasen beim Heizen und Autofahren einen Preis. Die Bundesregierung reinvestiert die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung in Klimaschutzmaßnahmen oder entlastet Bürgerinnen und Bürger finanziell.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/weniger-co2-emissionen-1790134

Höhere Kfz-Steuer
Ab dem 1. Januar 2021 wird der CO2-Ausstoß von neuen Autos bei der Kfz-Steuer stärker gewichtet. Stößt ein Neuwagen mehr Kohlendioxid pro Kilometer aus, wird die Kfz-Steuer entsprechend steigen - das gilt allerdings nur für 2021 neu zugelassene Pkw. Dafür zahlen Besitzerinnen und Besitzer von Autos, die weniger als 95 Gramm CO2 ausstoßen, weniger.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kfz-steuer-1759368

Höhere Pendlerpauschale
Die Entfernungspauschale wird zum 1. Januar 2021 ab dem 21. Kilometer auf 35 Cent pro Kilometer erhöht. Bei einem Arbeitsweg von weniger als 21 Kilometern bleibt es bei 30 Cent Pendlerpauschale pro zurückgelegtem Kilometer. Für Geringverdiener gibt es zusätzlich zur Pendlerpauschale die sogenannte Mobilitätsprämie, eine befristete steuerliche Förderung bis 2026.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/unser-klimaschutz-1796730

Mehr Klimaschutz durch effiziente Gebäude
Zum 1. Januar 2021 startet die Zuschussförderung für Einzelmaßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Gefördert werden Maßnahmen an der Gebäudehülle, der Anlagentechnik, Erneuerbare Energien für Heizungen, Heizungsoptimierung sowie Fachplanung und Baubegleitung im Zusammenhang mit einer Einzelmaßnahme.

Weitere Informationen:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/12/20201214-bundesfoerderung-effiziente-gebaeude-und-neue-foerderrichtlinie-energieberatung-fuer-nichtwohngebaeude-anlagen-und-systeme.html

ENERGIE

EEG-Umlage: Erlöse aus der CO2-Bepreisung senken die Stromkosten
Strom wird im neuen Jahr günstiger. Eine Änderung der Erneuerbaren-Energien-Verordnung sieht vor, dass die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz („EEG-Umlage“) durch einen finanziellen Zuschuss aus Erlösen der CO2-Bepreisung entlastet wird. Damit zahlen Stromkunden künftig weniger für ihren Strom.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eeg-umlage-1754214

EEG-Umlage 2021 sinkt auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde
Die Übertragungsnetzbetreiber geben jährlich die Höhe der EEG-Umlage bekannt. Für das Jahr 2021 wird sie durch einen Bundeszuschuss von derzeit 6,756 auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde abgesenkt.

Weitere Informationen:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/10/20201015-altmaier-die-eeg-umlage-2021-sinkt-entlastung-aus-dem-konjunkturpaket-wird-umgesetzt.html

JUSTIZ

Stärkung des fairen Wettbewerbs
Urheberrechtliche Abmahnungen sollen transparenter werden und Gegenansprüche einfacher geltend gemacht werden können. Ziel ist ein deutlich verbesserter Schutz gegen missbräuchliche Abmahnungen. Das entsprechende Gesetz ist am 2. Dezember 2020 in Kraft getreten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundesregierung-staerkt-fairen-wettbewerb-1611026

Besserer Schutz vor bloßstellenden Fotos
Wer Fotos oder Videos von Opfern bei Unfällen macht oder verbreitet, wird künftig bestraft. Auch das unbefugte Fotografieren unter den Rock oder in den Ausschnitt steht unter Strafe.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/persoenlichkeitsschutz-1690994

Ein modernes Sanierungs- und Insolvenzrecht
Das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts ist am 1. Janaur 2021 in seinen überwiegenden Teilen in Kraft getreten. Es soll das deutsche Sanierungs- und Insolvenzrecht modernisieren und effektiver ausgestalten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sanierungs-und-insolvenzrecht-1798368

INNERES

Zensus wird verschoben
Die nächste Volkszählung in Deutschland wird wegen der Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben. Geplanter Termin ist nun der 15. Mai 2022. Die beim Zensus zu ermittelnde amtliche Einwohnerzahl Deutschlands ist von großer Bedeutung für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Das Gesetz trat am 10. Dezember 2020 in Kraft.

Pass- und Personalausweis: Manipulationen wirksam unterbinden
Fotos für Ausweisdokumente werden nun ausschließlich digital von privaten Dienstleistern oder direkt vor Ort in der Behörde erstellt und übermittelt. Damit wird Dokumentenfälschung verhindert. Daneben erfolgen weitere Änderungen im Pass- und Personalausweisgesetz.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pass-und-ausweiswesen-1757184

VERBRAUCHERSCHUTZ - LANDWIRTSCHAFT

Betäubungslose Ferkelkastration verboten
Am 1. Januar 2021 muss eine vollständige Schmerzausschaltung bei der Kastration von Ferkeln garantiert sein. Das ist nur noch unter Vollnarkose der Fall, eine lokale Betäubung oder Schmerzlinderung reicht nicht aus.

Weitere Informationen:
https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/259-ferkelkastration-tierschutz.html;jsessionid=38019A55C30626C339EF762461B924C6.internet2852

Schnellerer Weg aus den Schulden
Überschuldete Unternehmen und Verbraucher können bereits nach spätestens drei Jahren der Insolvenz entkommen. Voraussetzung dafür ist nicht mehr die Erfüllung einer Mindestbefriedigungsquote der Gläubiger sowie die Begleichung von Verfahrenskosten. Die kürzere Verfahrensdauer gilt rückwirkend für alle ab dem 1. Oktober 2020 beantragten Verfahren. Ein entsprechendes Gesetz ist in Kraft getreten.

Weitere Informationen:
https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/restschuldbefreiungsverfahren-1765118

Quelle: Bundesregierung

Hinweis:
Dieses Informationsschreiben richtet sich an Selbständige und Unternehmer aller Branchen und Gewerke. Die private, nichtkommerzielle Weiterleitung der „Informationen für Selbständige“ des ESD e.V. ist unter Angabe der Quelle ausdrücklich gestattet und erwünscht.